

Ramstein - Die Katastrophe

28. August 1988

Am 28. August 1988 hat auf der US Air Base Ramstein wie auch Jahre zuvor ein Flugtag stattgefunden. Wie in den Jahren zuvor haben auch AktivistInnen der Friedensbewegung gegen die Veranstaltung protestiert und Flugblätter im Zugangsbereich zum Flugplatz verteilt. Sie sahen sich heftiger Bepöbelungen und Beschimpfungen durch die BesucherInnen ausgesetzt. Die AktivistInnen sahen sich veranlasst, nur noch Flugblätter an den geparkten Autos zu hinterlassen. Am Mittag kam es dann zur größten Katastrophe die bis zu diesem Zeitpunkt stattfand.

Bei dieser Katastrophe wurden nach offizieller Darstellung 70 Menschen getötet und weit mehr als 400 schwer verletzt. Unter den getöteten sollen angeblich nur zwei us-amerikanische Opfer gewesen sein. Als Schuldige haben die militärischen Untersuchungsausschüsse und der Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, den Solopiloten der Kunstflugstaffel „Frecce Tricolori“ genannt. Der „Zwischenfall“ wäre auf „menschliches Versagen“ zurückzuführen.

Um diesen hinter verschlossenen Türen tagenden Untersuchungsausschüssen eine Öffentlichkeit entgegenzusetzen, beschloss die Bürgerinitiative, ein Tribunal am ersten Jahrestag zu veranstalten. Alleine, der Name „Tribunal“ erregte soviel Aufsehen, dass Angriffe prompt kamen. Diejenigen, die vor der Katastrophe aufgerufen haben, den Flugtag massenhaft zu besuchen, waren jetzt zur Stelle und bezeichneten diejenigen, die vor Flugtagen immer gewarnt und zum Protest aufgerufen haben, als „Faschisten“. Die Auseinandersetzung nahm solche Ausmaße an, dass die Initiative die Veranstaltung in „Hearing“ umbenannte.

Von offizieller Seite versuchte man, den Mantel des Schweigens über die Katastrophe zu hüllen und mit allen Mitteln das Hearing zu verhindern. So musste der Termin vom Jahrestag auf den 13. August 1989 vorverlegt werden. Das Bürgerhaus in Ramstein wurde als Veranstaltungsort nach erster Zusage verweigert. Was unter anderem zu einer gerichtlichen Auseinandersetzung geführt hatte, bei der die Initiative unterlag.

Das Hearing sollte klären, in wieweit die damaligen Minister der Verteidigung der Bundesrepublik, Wörner und Scholz, in der Genehmigungsphase war Ministerwechsel, die politische Gesamtverantwortung in dem Punkt, „Sicherheit der Zuschauer“ zu tragen haben. Handelte der Verteidigungsminister fahrlässig und machte er sich somit an dem Tod von mindestens 70 Menschen und über 400 Verletzten mitschuldig? Verletzte er seine Aufsichts-, Kontroll- und Sorgfaltspflicht?

Gegenüber dem Veranstalter, der 316. Air Division, sollten Fragen geklärt werden: Durfte die gefährliche Flugvorführung der italienischen Kunstflugstaffel „Frecce Tricolori“, „Durchstoßendes Herz“, durch den Gesamtleiter des Flugtages, Colonel Parlatore, genehmigt werden? Obwohl er wusste, dass der Soloflieger in Richtung Zuschauer fliegen würde. Ein Überfliegen der Zuschauer ist verboten, bzw. bedarf einer Ausnahmegenehmigung. Dies wurde vom Veranstalter nicht beantragt.

Eine weitere Frage, die sich in diesem Zusammenhang stellte, war die der Sicherheitsabstände, die die STANAG 3533 zwingend vorschreibt. Wurden sie eingehalten?

Der damalige Innenminister des Landes Rheinland-Pfalz, Rudi Geil (CDU), sagte in der Sitzung des Landtages vom 8. September 1988, „solch ein Unglück hätte wohl niemand für möglich gehalten“ (siehe Protokoll Seite 2310). Wusste er wirklich nichts? Haben ihm die Warnungen aus den Kommunalparlamenten des Landes, von Mitgliedern des Landtages, von evangelischer Kirche, Gewerkschaften und Friedensbewegung nicht erreicht?

Der Kreistag des Landkreises Kaiserslautern hatte einstimmig Landrat Tartter beauftragt, „mit den zuständigen Dienststellen der US-Streitkräfte Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, den für 1988 geplanten Flugtag auf der Air Base Ramstein ausfallen zu lassen“. Aus der Antragsbegründung, „Gefährdung in unserem dichtbesiedelten Raum“. Entsprechende Beschlüsse wurden auch von den umliegenden Gemeinden und der Stadt Kaiserslautern gefasst. Die Reaktion der Landesregierung war: Besorgnis über den latenten „Antiamerikanismus“.

Die Versorgung der Opfer zeigte, dass der Katastrophenschutz nicht so funktionierte, wie das notwendig gewesen wäre. Dies soll nicht als Kritik an den zahlreichen Helfern verstanden sein, sondern an die für die Organisation verantwortlichen, allen voran, an den Landrat Tartter.

Wer nun glaubt, dass Flugtage in der BRD damit passee sind, hat sich geirrt. Am 25.10.1990 teilte das Bundesverteidigungsministerium mit, dass bei „Tagen der offenen Tür“ die Bevölkerung über die fliegenden Verbände der Bundeswehr und ihren Auftrag im Bündnis informiert und das Verständnis für die Luftwaffe gefördert werden soll. Diese Äußerung zeigt die menschenverachtende Haltung von Militärs. Gerade zwei Jahre nach der schrecklichen Katastrophe von Ramstein wird die Grundlage für eine neue gelegt. Was sind schon (die offiziellen) 70 Toten und über 400 Verletzten!

Wie der frühere Inspekteur der Luftwaffe, General a.D. Steinhoff, Leiter der sogenannten „Steinhoff-Kommission“, ausführte, ist die Bundeswehr auf diese Form der „Akzeptanz“ durch die Öffentlichkeit angewiesen.

Auf neue Richtlinien hat man in Ramstein schon seit Ende Oktober 1989 gewartet. Es wurde damit gerechnet, dass in Ramstein oder anderswo wieder Flugtage durchgeführt werden. Über den Weg der Faszination durch Technik soll die Bevölkerung von der Notwendigkeit der unnötigen Rüstungsausgaben überzeugt werden.

Die Kritik lautete daher damals wie heute:

diese Kriegsmaschinerie tötet auch im "Frieden", konkret geht es um Schäden für Mensch und Umwelt durch Fluglärm und andere Emissionen sowie Boden- und Wasserverseuchungen um diese und andere Airbases und vor allem die Kriegseinsätze die von hier aus mit organisiert, gestartet und am Laufen gehalten werden.

Damals war zudem die Diskussion um Abrüstung, die nach 1989 auch unter dem Titel 'Friedensdividene' geführt wurde leider nur leeres Gerede, Aufrüstung und Kriegsflughäfen und die Werbung dafür blieben.

Die Aktionsgemeinschaft „Wider das Vergessen“ forderte nach der Katastrophe in Ramstein:

Nie mehr Flugtage in Ramstein und anderswo!

Tatsächlich haben auch keine Flugtage mehr stattgefunden.

Die Jury des Hearings hat folgendes festgestellt:

1. Die Vorkehrungsmaßnahmen des Katastrophenschutzes, sowohl was die Bereitstellung von medizinischem Personal wie Gerät betrifft, wie auch der technische Bereich war unzulänglich. Aber auch bei besten Vorkehrungen wäre die Katastrophe nicht beherrschbar gewesen.
2. Entgegen der Behauptungen der Landesregierung und des Bundesamtes für Verteidigungslasten wird die Hilfe und Entschädigung für die Opfer und Hinterbliebenen sehr bürokratisch und in einzelnen Fällen bis heute nicht geleistet. Es gibt Fälle, in denen die Hinterbliebenen von Todesopfern nicht einmal eine erste Reaktion, weder von deutschen, noch von den zuständigen amerikanischen Stellen, erhalten haben. Mit entsetzen hören wir, dass an einer Leiche ohne vorherige Einwilligung der Angehörigen, Teile entnommen wurden. Zumindest in diesem genannten Fall wurde bis heute die Todesursache nicht offiziell festgestellt.
3. Bei der Aufklärung der Katastrophe haben die Mehrheiten in den Parlamenten (Landtag und Bundestag) die Arbeit von Ausschussmitgliedern mit Formalien ständig beeinflusst und behindert. Es steht eindeutig fest, dass die Zuständigkeit bei den bundesrepublikanischen Stellen lag. Jedes Abschieben auf angebliche us-amerikanische Zuständigkeiten ist ein Alibi. Auf diese Weise sollten die eigentlichen Verantwortlichkeiten vertuscht werden, um Konsequenzen zu verhindern.
4. Grund für solche Flugtage ist die Erhaltung der Akzeptanz für Tiefflüge beider Bevölkerung. Diese sind notwendiger Bestandteil der NATO-Strategie der „flexible response“. Bei der Werbeveranstaltung wurden Tote und Verletzte in Kauf genommen.

Wenn zukünftige Katastrophen vermieden werden sollen, müssen militärische Tiefflüge und Flugshows sofort eingestellt und die dahinter stehende offensive Strategie abgeschafft werden.

Ramstein, 13. August 1989 – Jury-Spruch beim Hearing

Der Text stammt teilweise aus einem Vorwort der „Airbase Ramstein. Ein Jahr danach - Dokumentation zum Hearing 13. August 1989“ von der „Aktionsgemeinschaft wider das Vergessen – Gegen militärische und ökologische Belastung durch die Airbase Ramstein“ und wurde leicht modifiziert.

28.8.2018

Kalle Kress (ehem. Mitglied der Aktionsgemeinschaft „Wider das Vergessen“ - heute Mitglied im Kampagnenrat "Krieg beginnt hier")

